

EU-Bietet 50 Milliarden Euro für Handelslösung mit den USA an!

Die EU bietet den USA 50 Milliarden Euro für amerikanische Waren an, um Handelszölle zu umgehen und Konflikte zu entschärfen.

Luxemburg, Luxemburg - Die Europäische Union plant, den USA im laufenden Handelsstreit ein Angebot über den Kauf von 50 Milliarden Euro an amerikanischen Waren zu unterbreiten. Dies soll dazu beitragen, die anhaltende Zoll-Problematik zwischen den beiden Handelspartnern zu umgehen. Handelskommissar Maroš Šefčovič erläuterte, dass es „gewisse Fortschritte“ bei den Gesprächen über ein Handelsabkommen gebe. Die EU sieht jedoch die Beibehaltung der US-Zölle von 10 Prozent auf europäische Waren als unfaire Verhandlungssituation an.

Um den Streit weiter zu thematisieren, reist EU-Handelskommissar Šefčovič nach Washington, wo ein Treffen mit US-Handelsminister Howard Lutnick und Trumps Handelsbeauftragtem Jamieson Greer geplant ist. Besonders brisant sind die Zölle, die Präsident Trump auf Stahl- und Aluminiumprodukte eingeführt hat und die seit Mitte März in Kraft sind. Die EU-Kommission hatte im Vorfeld Gegenzölle angekündigt, diese jedoch um zwei Wochen verschoben, um zusätzliche Zeit für Gespräche mit der US-Regierung zu schaffen.

Folgen für den Handel

Die geplanten Gegenzölle der EU betreffen unter anderem

beliebte Produkte wie Jeans, Whiskey und Motorräder. Trump hat seinerseits mit drastischen Zöllen von bis zu 200 Prozent auf Wein und Champagner gedroht, was insbesondere EU-Länder wie Frankreich, Spanien und Italien alarmiert. Die US-Zölle belasten Exporte im Wert von 28 Milliarden Dollar aus der EU, und die Gegenzölle sollen in einem ähnlichen Umfang greifen.

Daher zeigt sich Britanniens Premierminister Keir Starmer optimistisch nach einem Gespräch mit Trump, und Großbritannien erwägt, eine Steuer auf Tech-Konzerne zu streichen, um die Handelsbeziehungen zu verbessern. Dieses politische Manöver ist besonders relevant, nachdem Großbritannien nach dem Brexit 2020 zunächst auf ein umfassendes Freihandelsabkommen mit den USA gehofft hatte, welches jedoch gescheitert ist. Der aktuelle Fokus liegt nun auf einem begrenzten Abkommen für bestimmte Branchen.

Die Reaktion der EU

In einem umfassenden Vorschlag an die USA hat die EU mitgeteilt, dass sie bereit sei, alle Zölle auf Industriegüter abzuschaffen. Dies schließt auch den Automobilsektor ein; jedoch gibt es bis dato keine offizielle Reaktion aus Washington. Trotz der strikten Zollpolitik von Präsident Trump bleibt die EU bestrebt, eine verhandlungspolitische Lösung zu finden. Die Kommission sowie die Mitgliedstaaten bereiten gleichzeitig Gegenmaßnahmen vor, falls sich die USA nicht kooperativ zeigen.

Ab Mitte April sollen schrittweise Gegenzölle in Kraft treten, die bis Mitte Mai weiter ansteigen könnten. Auf einem Treffen der EU-Handelsminister in Luxemburg wurde das Thema bereits ausführlich diskutiert. Auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck warnte vor hastigen Reaktionen, plädierte jedoch für eine besonnene Vorbereitung von Maßnahmen. Šefčovič bezeichnete die Zollpolitik der USA als „Paradigmenwechsel im globalen Handelssystem“.

Angesichts dieser Entwicklungen erwarten Beobachter, dass viele EU-Mitgliedstaaten ein verstärktes Vorgehen gegen US-Digitalkonzerne erwägen, was sogar die Aussetzung von US-Patenten in Betracht zieht. Deutschland und Frankreich unterstützen die entsprechenden Vorbereitungen, während Irland vor einer Eskalation warnt. Die Komplexität der Situation und die Unsicherheit über Trumps Bereitschaft, über die Zollpolitik zu verhandeln, bleiben angesichts dieser geopolitischen Spannungen hoch.

Details	
Ort	Luxemburg, Luxemburg
Quellen	• www.oe24.at • www.tagesschau.de • www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at